

HT 2012: Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2012-28.09.2012, Mainz

Bericht von: Christiane Kuller, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin / Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München

In der nationalsozialistischen Propaganda war „Mobilisierung“ eine Art Zauberwort, mit dem alle noch ungenutzten Ressourcen für die Kriegführung verfügbar gemacht werden sollten. Während NS-Politiker wie Josef Goebbels versuchten, die Illusion aufrecht zu erhalten, als verfügte Deutschland über unbegrenzte unerschlossene Ressourcen, die – analog zur militärischen Mobilmachung – nur richtig freigesetzt werden müssten, um den „Endsieg“ zu erreichen, spitzten sich die Konflikte um Güter und Arbeitskräfte, die tatsächlich immer knapper wurde, dramatisch zu. Solche Ressourcenkonflikte bilden bereits seit langem ein Thema der zeithistorischen Forschung. Allerdings hat sich die Interpretation in den letzten Jahren grundlegend verändert. Ging die ältere Literatur noch davon aus, dass Ressourcenkonflikte vor allem zur Blockade von Entscheidungen geführt hätten, so betonen neuere Arbeiten stärker die mobilisierenden und motivierenden Wirkungen. An diese Debatte knüpfte die Sektion „Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945“ unter der Leitung von Thomas Schaarschmidt (Potsdam) an. Die Referenten gingen dabei der Frage nach, wie es zu erklären ist, dass die Kriegsmobilisierung im „Dritten Reich“ trotz, vielleicht sogar wegen der Ressourcenkonflikte bis zum Kriegsende genügend Kräfte freisetzte, um die Handlungsfähigkeit des Regimes aufrechtzuerhalten.

In seiner Einführung definierte THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) zunächst zwei begriffliche Koordinaten der Sektion. Zum einen betonte er, dass die Mobilisierung der deutschen Mehrheitsbevölkerung, um die es in dieser Sektion ging, bis in die letzten

Kriegsjahre ein Mindestmaß an Freiwilligkeit und Bereitschaft voraussetzte und auf individuelle und gesellschaftliche Interessen Rücksicht nahm. Im Unterschied zu den Formen terroristischer Mobilisierung, die gegen die Menschen in den besetzten Gebieten, Kriegsgefangene und Lagerhäftlinge angewandt wurden, sollten die „Volksgenossen“ überzeugt werden und freiwillig ihre Kräfte einbringen. Dieses Grundmuster entsprach dem nationalsozialistischen Verständnis von „Menschenführung“, und es findet sich sowohl bei der Mobilisierung von Arbeitskraft als auch bei der Mobilisierung materieller Ressourcen. Zum anderen betonte Schaarschmidt die Bedeutung neu entstehender Koordinationsgremien auf der mittleren Verwaltungsebene für die Ressourcenmobilisierung. Anknüpfend an Überlegungen zur „neuen Staatlichkeit“ des NS-Regimes (Hachtmann) verwies Schaarschmidt darauf, dass neue Institutionen, die das NS-Regime einführte, zwar Konkurrenz und Konflikte verursachten, aber nicht zwangsläufig – wie die ältere Forschung angenommen hatte – die klassischen Formen der Staatlichkeit unterminierten und zum Verfall politischer Regulierungskompetenz führten. Vielmehr konnten sie auch die Entstehung flexibilisierter Instanzengeflechte fördern, die systemstabilisierende und dynamisierende Effekte hatten.

Als erster Referent der Sektion untersuchte ADAM TOOZE (Yale) die Kriegsfinanzierung im „Dritten Reich“. Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg, in dem Ressourcenkonflikte Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs geführt hatten, stellte Tooze die Frage, warum in der NS-Diktatur die Mobilisierungsanstrengungen bis in die letzten Kriegsmomente funktionierten. Tooze erklärte dies nicht nur mit der gewaltsamen Ausschaltung von politischer Pluralität und der brutalen Ausbeutung der besetzten Gebiete, sondern auch damit, dass das NS-Regime eine stabile monetäre Ordnung zur Finanzierung der hohen Kriegskosten etabliert und aufrecht erhalten habe. Dies geschah nicht etwa nur auf dem Weg einer „geräuschlosen“ und für die Bevölkerung quasi unsichtbaren Politik. Vielmehr versuchte die NS-Regierung zwischen 1935

und 1938 offensiv, die Kreditwürdigkeit des deutschen Reiches auf dem Kapitalmarkt wiederherzustellen. Als diese Form der Finanzierung im November 1938 an Grenzen stieß, wurde sie durch eine Politik der weit gefährdeten institutionalisierten Kapitalmobilisierung ergänzt. Tooze machte in seinem Vortrag deutlich, dass sowohl die Kreditpolitik als auch die spätere Sparpolitik nur auf Basis gesellschaftlicher Akzeptanz funktionierten. So propagierte die NS-Regierung anstelle des – nicht zuletzt durch die Finanzkatastrophen der Zwischenkriegszeit diskreditierten – liberal-demokratischen Kreditleitbildes ganz explizit die autoritär geführte „Volksgemeinschaft“ als Erfolgskonzept für eine wertbeständige Kapitalanlage. Auch das private Sparen stellte das Regime als Akt der Zustimmung zur „kämpfenden Volksgemeinschaft“ dar. Die populäre Interpretation einer „geräuschlosen“ Finanzierung der Rüstungsausgaben als politische Entlastungsstrategie wies Tooze zurück und stellte stattdessen die These auf, dass die Geldbeschaffung weder verschleiert noch entpolitisiert gewesen sei. Das Regime habe die „Volksgenossen“ vielmehr seit 1935 ganz explizit aufgefordert, an der Umverteilung mitzuwirken und dafür Verantwortung zu übernehmen, dass die von der Regierung verordnete Kriegsproduktion tatsächlich realisiert werden konnte.

Auch im Bereich der Wissenschaften betonte RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) das hohe Maß an Eigeninitiative und Kooperationsbereitschaft. Wissenschaftler sollten sich möglichst selbst mobilisieren, das heißt aus eigenem Antrieb heraus rüstungsrelevante Forschungsprojekte initiieren und die Forschung vorantreiben. Dafür erhielten sie – vorausgesetzt, dass sie die zentralen Ziele des NS-Regimes internalisiert hatten – große methodische und konzeptionelle Freiräume. Wie Hachtmann betonte, zielte die Kriegsmobilisierung in Wissenschaft und Forschung aber lediglich auf die fachliche Expertise. Als politische Individuen waren Forscher und Hochschullehrer nicht gefragt, selbst dann, wenn sie politisch dem Nationalsozialismus nahestanden. Die gravierenden kriegsbezogenen Veränderungen im Wissenschaftsgefüge ab 1936 charakterisierte Hachtmann als eine Ressourcenverschiebung

auf zwei Ebenen: Zum einen wurden materielle Ressourcen in starkem Maße von den Hochschulen in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelenkt. Zum anderen gab es eine Verschiebung zwischen den einzelnen Disziplinen – weg von den Geistes- und Kulturwissenschaften, hin vor allem zu den Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften. Diese doppelte Schwerpunktverlagerung war, so betonte Hachtmann, zwar vom Regime vorgegeben und als Prämisse gesetzt, aber die Konzepte zur Umsetzung kamen auch hier von den Wissenschaftsinstitutionen selbst. Die Ressourcenverschiebung führte zu Konkurrenzsituationen und auch zu schweren Konflikten um Fördergelder und Personal. In diesem Zusammenhang warnte Hachtmann jedoch davor, das Modell eines NS-spezifischen Polykatieproblems ohne weiteres auf Wissenschaft und Forschung zu übertragen. So war die föderal strukturierte reichsdeutsche Wissenschaftslandschaft schon lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme vielfältig aufgefächert gewesen. Zudem gab es während der NS-Zeit nicht nur Prozesse der institutionellen Zersplitterung, sondern auch Bestrebungen zur zentralisierten Forschungskoordination, etwa mit der Gründung des Reichserziehungsministeriums 1934, mit der Einrichtung eines Reichsforschungsrats 1937 sowie in bislang wenig erforschten interinstitutionellen Forschungsquerverbänden. Schließlich wandte sich Hachtmann auch gegen eine vereinfachende, aus Ökonomie und Politik übernommene Interpretation, dass eine Zersplitterung der Wissenschaften zu Ineffizienz und Doppelarbeit geführt habe, und betonte auch mögliche fruchtbare Auswirkungen von wissenschaftlicher Methodenkonkurrenz.

Die beiden folgenden Vorträge untersuchten regionale Koordinierungsinstanzen und gingen dabei der Frage nach, inwiefern solche Vermittlungsinstitutionen der mittleren Ebene Ressourcenkonflikte lösen konnten. JÖRN BRINKHUS (Bremen) nahm dafür die regionalen Versorgungsbehörden für die Zivilbevölkerung in den Blick. Die Mangelversorgung etwa mit Textilien, Schuhen, aber auch mit Lebensmitteln, die sich daraus ergab, dass Ressourcen vorwiegend in die Rüstungsproduktion flossen, bedrohte die Legi-

timität des Regimes im Kriegsalltag. Regionale und lokale Rationierungsverwaltungen mussten hier zwischen den politischen Vorgaben und den Bedürfnissen der Bevölkerung vermitteln. Dabei nutzten und erweiterten sie Entscheidungsspielräume und kooperierten mit anderen Herrschaftsträgern, um die Widersprüche und Defizite der Wirtschaftspolitik auszugleichen. Gleichzeitig untergrub diese zuweilen freihändige Umsetzung die Kohärenz und Effizienz der Konsumregulierung des zentralen Lenkungsapparats, vielfach ohne den Lebensstandard effektiv heben zu können. Brinkhus machte deutlich, dass Behörden wie die regionalen Wirtschaftsämter Ressourcenkonflikte am Ende nur entschärfen, aber nicht lösen konnten. Gleichwohl waren sie ein wichtiger symbolischer Faktor dafür, dass in der Bevölkerung kein sozialer Unfrieden entstand wie im Ersten Weltkrieg.

Mit dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition stellte OLIVER WERNER (Berlin) in seinem Vortrag den zivilen Versorgungsverwaltungen einen mächtigen Akteur aus dem Rüstungssektor gegenüber, der in der zweiten Kriegshälfte ebenfalls regionale Koordinationsinstanzen einrichtete. Als Albert Speer das Ministerium 1942 übernahm, setzte er in den Gauen Rüstungskommissionen ein, die die Arbeit vor Ort koordinieren und Konflikte zwischen verschiedenen Entscheidungsträgern lösen sollten. Wie Werner hervorhob, gelang es den Rüstungskommissionen zwar nicht, die Auseinandersetzungen grundsätzlich zu beseitigen. Dennoch hatten die Arrangements eine symbolische Bedeutung, weil sie den regionalen Akteuren ein Mitspracherecht bei der Verteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften zumindest suggerierten. Vor allem die Beteiligung von Unternehmensvertretern wirkte sich systemstabilisierend aus. Albert Speer zog darüber hinaus persönliche Vorteile aus der Tätigkeit der regionalen Rüstungskommissionen. Für ihn bot sich die Möglichkeit, die Konflikte, die insbesondere gegenüber NSDAP-Parteidiensstellen bestanden, für eigene politische Interessen zu instrumentalisieren und die Auseinandersetzungen je nach Bedarf zuzuspitzen, abzumildern oder umzudeuten. Auch in diesem Sinne spielten Ressourcenkonflikte im machtpolitischen Gefüge

der deutschen Kriegswirtschaft eine wichtige Rolle.

Der anschließende Kommentar von BERNHARD GOTTO (München) ordnete die Thesen der Referenten noch einmal in übergeordnete Fragestellungen zur Funktionsweise der NS-Diktatur ein und leitete in eine lebhaft Diskussions im vollbesetzten Hörsaal über. Begriffliche Schärfe forderte Gotto etwa im Hinblick auf die „Selbstmobilisierung“. Ausgehend von Gottos Definition, der in der Mobilisierung des eigenen Selbst einen inneren Widerspruch sah, entspann sich eine Diskussion im Publikum, in der unter anderem angeregt wurde, Selbstmobilisierung nicht nur im Hinblick auf die Frage, wer bzw. was mobilisiert würde, sondern auch mit Bezug auf die innere Motivation als treibende Kraft der Mobilisierung zu deuten. So verstanden betone der Begriff der Selbstmobilisierung, dass der Impuls für die Mobilisierung nicht nur von außen kommen könne.

Gotto regte auch eine weitere Perspektive zur Untersuchung der Debatten um Ressourcenmobilisierung im NS-Staat an: Bereits das Reden über Mobilisierung müsse demnach als Kommunikationscode gedeutet werden. Mit ihm konnten die Akteure vermeintlich rational argumentieren, sich auf die Leistungsfähigkeit als hohen ideologischen Wert der NS-Zeit beziehen, und es sei möglich gewesen, das eigene Handeln bis in die letzten Kriegsmonate regimiekonform zu präsentieren. Als Kommunikationsform erfüllte der Mobilisierungsdiskurs nach Gottos Ansicht zwei Funktionen: Zum einen diente er als Sinnzuschreibung für das eigene Handeln, zum anderen als Beleg einer ideologischen Kohärenz mit der politischen Führung. Auf diese Weise habe bereits das Reden über Mobilisierung einen Beitrag zur Bewältigung einer Krise staatlicher Legitimation geleistet. Zudem forderte Gotto dazu auf, größeres Augenmerk auf die Frage zu legen, inwiefern die dargestellten Konflikte und Lösungsstrategien NS-spezifisch seien. Ressourcenkonflikte und Vermittlungsversuche durch regionale Koordination, wie sie die Beiträge von Brinkhus und Werner vorgestellt hatten, seien teilweise kein NS-Spezifikum, sondern auch schon vor 1933 eine etablierte Form zur Lösung von Ressourcenkonflikten gewesen. Ein

weiterer Aspekt, den Gotto ansprach, bezog sich auf die latent in den Vorträgen mitschwingende Frage der Verbrechensdimension der Kriegsmobilisierung. Hier regte er an, die Grenze zwischen „Normalität“ und verbrecherischem Normbruch – sowohl im zeitgenössischen Selbstverständnis als auch in der heutigen Bewertung – genauer zu definieren. So wies er darauf hin, dass im Denk- und Erfahrungshorizont der Zeitgenossen der Krieg keine verbrecherische Dimension haben, somit eine bellizistische Ausrichtung der Mobilisierung keine normative Barriere bedeuten musste. Hier wurde in der Diskussion allerdings darauf hingewiesen, dass im „Dritten Reich“ die Kriegsmobilisierung auf einer spezifischen Mischung aus Kriegsorientierung und Rassismus basierte, die sie von früheren Zeiten und anderen Ländern unterschied.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sektion darauf zielte, Ressourcenkonflikte in der Kriegsmobilisierung nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Dimension zu vermessen. Vielmehr ging es darum, die Arrangements der Konflikteinhegung auch auf ihre symbolische Bedeutung hin auszuloten und sie als Indikatoren für die staatliche Herrschaft im „Dritten Reich“ zu interpretieren. Mit diesem Blick auf die konkreten institutionellen Geflechte der Konfliktaustragung und ihre Wahrnehmung durch die Akteure schlug die Sektion einen Bogen zu zwei aktuellen Debatten der NS-Forschung: Zur Diskussion über Motivation und Mitwirkung von „Volksgeossen“ bei der Austragung von Ressourcenkonflikten und zur Frage nach den – vielfach hocheffizienten – Formen nationalsozialistischer Staatlichkeit, die in diesen Konflikten sichtbar werden. Wie Thomas Schaarschmidt am Ende festhielt, müssen die Ergebnisse künftig in einen erweiterten zeitlichen und international vergleichenden Rahmen eingeordnet werden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Thomas Schaarschmidt (Potsdam)

Thomas Schaarschmidt (Potsdam): Einführung

Adam Tooze (Yale): Geräuschlose Krise? Das

Problem der Rüstungsfinanzierung im Nationalsozialismus 1935-1945

Rüdiger Hachtmann (Potsdam): Mobilisierung und Ressourcenverschiebung in den Wissenschaften unter dem Primat des Bellizismus

Jörn Brinkhus (Bremen): Regionale Behörden als Lösungsinstanzen für Ressourcenkonflikte. Das Beispiel der Versorgungspolitik des NS-Staats, 1933-1944/45

Oliver Werner (Berlin): Das Ministerium Speer. Lösung oder Verlagerung von Ressourcenkonflikten?

Bernhard Gotto (München): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2012: Kriegsmobilisierung und Ressourcenkonflikte im Nationalsozialismus 1936-1945*. 25.09.2012-28.09.2012, Mainz, in: *H-Soz-u-Kult* 12.03.2013.